

Silke Göttsch, Christel Köhle-Hezinger (Hrsg.)

Komplexe Welt

Kulturelle Ordnungssysteme
als Orientierung

33. Kongress der Deutschen Gesellschaft
für Volkskunde in Jena 2001



416 181 700 300 18



Waxmann Münster / New York
München / Berlin

Nationale Identität in Deutschland: Auslauf- oder Ordnungsmodell?

Eine ethnographische Fallstudie

Zunehmend seit Beginn der 1990er Jahre gerät der Nationalstaat alter Prägung in die Diskussion. Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder mit den folgenden geopolitischen Umwälzungen sowie der europäische Einigungsprozeß erscheinen u.a. dafür verantwortlich, daß er in Mitteleuropa als souveränes politisches Organisationsmodell menschlichen Zusammenlebens einerseits an Bedeutung verliert. Andererseits zeigt sich, daß der Nationalstaat schon deshalb nicht tot ist, weil es den Menschen in bestimmten Kontexten attraktiv erscheint, auf tradierte nationale Ordnungsvorstellungen (z.B. die Idee der „Volks-“ und „Kulturnation“) zu rekurrieren. Auch wenn (oder gerade weil?) der Nationalstaat objektiv seine Funktionen einbüßt und im Wandel begriffen ist, aktualisiert sich die tradierte kollektive Vorstellung, eine nationale Identität zu haben, weiterhin im Alltag als situative Identifizierungspraxis und sie wirkt auch als Teil der personalen Identität.

Nationale Identität stellt sich dar als die Sicherheit und Grenzen bietende Vorstellung, einer homogenen „imagined community“ anzugehören. Sie gestaltet sich allerdings in verschiedenen lebensweltlichen Kontexten des Einzelnen als Sprech- und Handlungspraxis in jeweils unterschiedlicher Weise. Sie impliziert dabei auf jeden Fall direkt oder indirekt die Auseinandersetzung mit dem vorgestellten „Fremden“, und sie verbindet sich – unter dem Eindruck von Identitätspolitik, öffentlichen Diskursen, aber auch persönlichen Erfahrungen – mit unterschiedlichen normativen Verhaltenserwartungen (z.B. „Fremde müssen sich an eine deutsche Leitkultur anpassen“).

Am Beispiel des Diskurs- und Ereignisfeldes um die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft im Frühjahr 1999 soll nun ein Spektrum nationaler Sprech- und Handlungspraxen vorgestellt werden, wie es in Deutschland, zumal in Zeiten sozialer und ökonomischer Verunsicherung, (re-)aktiviert wird und sich vor allem auch durch Politikampagnen mit ihren Leitbildproduktionen im Alltag ausbreitet.

Die Doppelpaß-Debatte als ethnographische Laborsituation

„Wer am Samstag [23.1.99, Anm. d. Vfn.] am Weddinger Leopoldplatz einkaufen ging, bekam bemerkenswerte Szenen zu sehen. Junge, selbstbewußte Männer von der CDU sammelten vor dem Kaufhaus Karstadt Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Um sie herum drängten sich ältere Damen mit Pudel und die braven Bürger des Stadtteils, die sich gegenseitig die Kugelschreiber aus den Händen rissen. Sogar die Alkoholkranken, die ihre Tage auf dem Leopoldplatz zubringen, stellten die Kornflasche beiseite und torkelten zu dem Stand, um zu unterschreiben. Irgendwie, so hatten sie mitbekommen, geht es gegen Ausländer. Jetzt konnten sie auch einmal dazugehören. (...) Der angestaute Unmut gegen die Fremden hatte endlich ein Forum.“ (Leserbrief im Berliner Tagesspiegel, 24.1.1999)

Als Mitte Januar des Jahres 1999 die CDU/CSU ihre Straßenaktionen gegen die von der neuen rot-grünen Bundesregierung geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts an-

kündigte, bot es sich offensichtlich an, die Diskussionen um nationale Zugehörigkeitsfragen unmittelbar an den Berliner Unterschriftenständen zu verfolgen. Ausgangspunkt war die Annahme, daß mit dieser von den Unionsparteien angeregten Debatte um den Doppelpaß eine Art ethnographische „Labor“-Situation geschaffen werde, die Selbst- und Fremdbilder der Deutschen, Konzeptionalisierungen von nationaler Identität, zu einem sich rasch verändernden und verbreitenden Gegenstand des Alltagsdiskurses werden ließe. Verwischten sich mit der Unterschriftenaktion beispielsweise die Grenze zwischen dem (politisch korrekten) Makrodiskurs der Medien und Politiker im Parlament um das zukünftige Konzept des deutschen Nationalstaats unter verstärkter Beachtung der Einwanderung sowie die bisweilen drastischen Äußerungen über Ausländer an Stammtischen? Inwieweit und wie würde im öffentlichen Sprechen über Ausländer – in den neuen öffentlichen Thematisierungskontexten – auch Raum für angestaute Fremdenangst gewährt? Welche Rolle würden hier überkommene Stereotypen über die „Fremden“ im Zusammenhang mit verschiedenen Konzepten und Symbolisierungen des (nationalen) Eigenen spielen?

Zunächst noch einige Bemerkungen zum politischen Hintergrund der Debatte: Ziel des Ende des Jahres 1998 von der neu gewählten rotgrünen Bundesregierung vorgeschlagenen Reformkonzepts des Staatsbürgerschaftsrechts war es, das in Deutschland noch geltende „Blutsrecht“ durch das Territorialprinzip zu ergänzen und die Einbürgerung zu erleichtern, zunächst durch die Verkürzung der notwendigen Verweildauer in Deutschland als Voraussetzung für einen Einbürgerungsanspruch von 15 auf acht Jahre und zum anderen durch die automatische Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft für hier geborene Kinder ausländischer Eltern. Eine unbefristete doppelte Staatsbürgerschaft sollte nach dem Vorschlag der Regierung prinzipiell in der Hoffnung toleriert werden, daß die Einbürgerungsbereitschaft der Ausländer durch die Akzeptanz des Doppelpasses steige – und damit, wie man vermutete, auch deren Integrationsbereitschaft.¹

Der Streit um die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts eskalierte Anfang des Jahres 1999 – nicht zufällig in Zeiten, als im Bundesland Hessen Wahlkampf war – mit der außerparlamentarischen Unterschriftenaktion, zunächst der dortigen CDU gegen die generelle Akzeptanz des Doppelpasses. Schnell wurden die Unterschriftensammlungen gegen die Pläne der rotgrünen Bundesregierung mit dem Slogan „Ja zu

1 Die Motivation zu dieser Reform lag in der Überlegung, daß in Folge der weltweiten Wanderungsbewegungen insbesondere die Vorstellung einer kulturellen Homogenität, auf der die herkömmlichen Nationalstaats- und Identitätskonzepte bislang im wesentlichen aufbauen, reformbedürftig sei. Auch im de facto-Einwanderungsland Deutschland war die Nation bis vor kurzem nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 als eine ethnisch-kulturelle und nicht als eine politische Gemeinschaft definiert gewesen. Die Erleichterungen der Einbürgerung für Ausländer in Deutschland (Ausländergesetz von 1990 und Änderung von 1993) waren erste Schritte hin zur Relativierung des Abstammungsprinzips. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, nach der nun als Ergebnis der Debatte seit dem 1.1.2000 eine befristete doppelte Staatsbürgerschaft für Kinder von Ausländern zugelassen wird (das sogenannte „Optionsmodell“), war das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung Rheinland-Pfalz (SPD/FDP); es war ein Kompromiß. Nach der Hessenwahl im Frühjahr 1999 hatten SPD-Bündnis 90/Die Grünen ihre Stimmenmehrheit im Bundesrat verloren, so daß der FDP eine Schlüsselposition in den folgenden Verhandlungen zukam. Das Modell der Liberalen läßt eine befristete doppelte Staatsbürgerschaft für Minderjährige zu und dient gleichermaßen dem Ziel der Vermeidung prinzipieller Mehrstaatigkeit.

Integration – Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“ auch bundesweit gestartet, und „Doppelpaß“ wurde zum Kampfbegriff und Top-Thema der breiten Öffentlichkeit. Debattiert wurde sehr bald nicht mehr nur im Parlament, im Politikteil der Medien, sondern auch im Feuilleton und in den Leserbriefen, dann auch auf der Straße, vor Ort in den Stadtvierteln an den Unterschriftenständen der CDU bzw. CSU sowie an den Gegen-Unterschriftenständen der linken Parteien und Gruppierungen, die sich neben den Schirmen der CDU mit ihren Plakaten und Informationsbroschüren positionierten. Die Debatte entfernte sich schnell von rationalen juristischen Problemen der Reform und von der kühl pragmatischen Frage nach Anreizen für eine erleichterte Integration. Immer häufiger war das zu lesen und zu beobachten, was doch eigentlich in den postnationalen, mobilen Gesellschaften überwunden werden müßte oder, wie die Eliten weiter suggerieren, bereits weitgehend überwunden sei: nämlich irrationale, antiaufklärerisch romantische Nationalismen und ethnische Identitätsvorstellungen, die nun, auch außerhalb der Stammtische, verhandelt wurden, weil sie durch die plebiszitäre Stimmungsmache einer „seriösen“ Partei hoffähig geworden seien – so die Kritiker der CDU-Aktion.²

Mit der Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft wird ein Ereignis- und Diskursfeld in den Mittelpunkt von Medienanalysen gerückt, das einen gewissen idealtypischen Querschnitt durch gegenwärtige nationale Selbstbilder und Vorstellungen in einem konkreten alltagspraktischen Vollzug vermittelt. Diesem Ereigniskomplex besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, bietet sich vor allem an, weil sich anhand dieses Fallbeispiels neben einem breiten Spektrum an nationalen, anti- und postnationalen Semantiken auch in fast „idealer“ Weise kulturelle Formen und Wege ihrer Vermittlung im Alltag – bzw. in diesen hinein – verfolgen lassen. Auf einer solchen Ethnographie der Vermittlungswege, -modi und -formen des Nationalen liegt der spezifische Fokus dieses Beitrags.³

Veralltäglichung des Nationalen als medialer Diffusionsprozeß: vom Intellektuellendiskurs zur Beteiligung von „Jedermann“

Die Veralltäglichung der Diskurse um die doppelte Staatsbürgerschaft im engeren Sinn und um die Grundlagen des Nationalstaats im weiteren Sinn läßt sich auf der Grundlage des ausgewerteten Materials auf vier Ebenen oder in vier Dimensionen darstellen. In lockerer Anlehnung an Modellvorstellungen der kulturwissenschaftlichen Diffusions-

- 2 Es ging um ein Bündel von Fragen: Wer soll Deutscher sein oder darf es unter welchen Bedingungen werden? Was bedeutet Deutschsein, welchen Wert und Status hat die deutsche Staatsbürgerschaft? Oder: Was genau soll Integration bedeuten: soziale Gleichstellung und Eingliederung oder kulturelle Anpassung an eine wie auch immer zu bestimmende „Leitkultur“?
- 3 Durch die Fülle der in kurzer Zeit von den beteiligten sozialen Gruppen produzierten Materialien (Plakate, Flugblätter, Dingsymbole) und der fast durchweg öffentlich zugänglichen Ereignisse war eine quellen- und erhebungstechnisch besonders günstige Feldforschungssituation entstanden. Bei den vorliegenden Quellen handelt es sich vorrangig um meine Feldprotokolle, an den Ständen erhobene Kurzinterviews, Informationsbroschüren der Parteien und Gruppen sowie vor allem um eine umfangreiche Sammlung an Mediendokumenten, insbesondere Zeitungsartikel und Leserbriefe, die diesen Ereigniskomplex betreffen.

forschung sowie insbesondere in Anknüpfung an Helge Germdts Modell zur Analyse von Kulturvermittlungsproblemen⁴ wird die Veralltäglicung im Folgenden beschreiben

- als soziale Diffusion (auf welche Gruppen weitet sich die Debatte aus?),
- als lokale Diffusion (in welche sozialen Räume zieht die Debatte ein? Hier geht es besonders um die Ausweitung der Thematisierungskontexte),
- als Diffusion bestimmter Inhalte und Motive (was wird vermittelt und verbreitet?).

Soziale Diffusion meint zunächst, daß prinzipiell „Jedermann“ durch die plebiszitäre Aktion der CDU und die von ihr provozierten Gegenaktionen aufgerufen war und vor Ort die Gelegenheit hatte, sich an der Debatte zu beteiligen. In einer ethnographischen Studie lassen sich nun keine repräsentativen Aussagen über die soziale Zusammensetzung der Gruppen machen, die sich tatsächlich aktiv an der CDU-/CSU-Unterschriftenkampagne bzw. bei den Gegenaktionen beteiligten bzw. die Politik der Doppelpaß-Befürworter oder -Gegner indirekt, z.B. in Wahlen, unterstützten. Allerdings bestätigen die punktuellen Beobachtungen an den CDU-Ständen sowie während CDU-Bürgerversammlungen in CDU-Hochburgen (z.B. Berlin-Tempelhof), den durch demoskopische Umfragen vermittelten Eindruck, daß es vielfach die Älteren und die sozial Schwächeren waren, die ängstliche Konkurrenz gegenüber den „Fremden“ äußerten und überdies auf der Grundlage unzureichender Informationen über den Begriff der doppelten Staatsbürgerschaft zu den CDU-Ständen fanden.⁵

Die folgende Analyse bezieht sich nun auf ganz verschiedenartige soziale Gruppen, die sich durch Aktionen und Äußerungen besonders exponierten und damit „medienkundig“ wurden. Soziale Diffusion beschreibt hier dann vor allem den Umstand, daß sich im Laufe der Debatte gehäuft Vertreter sozialer Gruppen in der Öffentlichkeit zu dem Thema Staatsbürgerschaft bzw. nationale Identität äußerten, die an der Debatte bislang nicht mit derart öffentlicher Wirkung und durch politische Aktionen und einschlägige symbolische Praxen beteiligt waren: z.B. *die Jugend*.

Deutsche und „ausländische“ Jugendliche gestalteten ganze Seiten zu diesem Thema in ihren Jugendmagazinen. In „jetzt“, dem Jugendmagazin der Süddeutschen Zeitung (Nr. 8, 22.2.99) beispielsweise, wurden moderne, gebildete junge Deutschtürken porträ-

4 Siehe Helge Germdt: Kulturvermittlung. Modellüberlegungen zur Analyse eines Problemkomplexes am Beispiel des Atomunglücks von Tschernobyl. In: Zeitschrift für Volkskunde 86/1 (1990), S. 1-13, bes. S. 7.

5 Viele (Wochen-)Zeitungen veröffentlichten während der CDU-Kampagne regelmäßig demoskopische Ergebnisse. Laut einer dimap-Umfrage von BILD beispielsweise hatten sich bundesweit 51% der Befragten für die CDU-Aktion ausgesprochen und 45% dagegen. Für die Aktion waren bes. Ostdeutsche (60%) und Leute über 60 Jahre (57%), siehe Tagesspiegel (24.1.99, S. 5). Siehe auch SPIEGEL, H. 2, 11.1.99, Titel, bes. S. 23. Laut der Ernid-Umfrage vom 5./6.1.1999 (rund 1000 Befragte) waren nur 39 % für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und 53 % dagegen, wobei sogar 44% der SPD-Anhänger (!), immerhin nur 14 % der Grünen und die breite Masse (71%) der CDU-Anhänger sowie 54% der FDP-Wähler sich gegen die Einführung aussprachen. Nur 65% der Wahlberechtigten waren allerdings in der Lage, den Begriff der „doppelten Staatsbürgerschaft“ richtig zu definieren. – Daß die CDU-Aktion, die von den CDU-Vertretern vor Ort und auch z.B. von Wolfgang Schäuble mehrfach in Fernsehsendungen mit diesen demoskopischen, „wissenschaftlichen“ Ergebnissen begründet wurde, auf eine Mehrheit bauen konnte, zeigten auch die Wahlergebnisse, z.B. der Landtagswahl in Hessen, wo laut Meinungsumfragen die Doppelpaßgegner – unter ihnen besonders viele un- und angelernte Arbeiter – der CDU zum Sieg verhalfen (siehe z.B. Frankfurter Rundschau, 3.2.99, S. 4).

tiert, die, wie eigens herausgestellt wurde, ihre Doppelidentität souverän handhaben. In manchen Städten fanden außer den oben beschriebenen, von jungen Linken getragenen „antirassistischen“ Aktionen und Demonstrationen sogar parodistische Gegenunterschriftenaktionen statt. Ein Regensburger Student sammelte mit einigen politisch links stehenden Gleichgesinnten unter dem Logo „C.S.U.“ („Clowns sammeln Unterschriften“) rund 300 Unterschriften für die Integration der „christsozialen Mitbürgerinnen und Mitbürger“ mit „oft christlich-fundamentalistischen Wertorientierungen“.⁶ In Köln waren es ebenfalls Studenten, die die CSU auf der Basis von Unterschriften zu einem Fall für den Verfassungsschutz erklären lassen wollten.⁷

Eine Berlin-Kreuzberger deutsche und türkische Jugendband, „Die bösen Mädchen“, verarbeiten das Thema Doppelpaß in ihren Liedern, die sie auf einer selbst produzierten CD, z.B. auch auf dem Berliner Multikulti-Festival „Karneval der Kulturen“ an Pfingsten 1999, verkauften:

„Ich bin ne deutsche Türkin, ne türkisch deutsche Frau/ fremd in beiden Ländern, wenn ich ihre Spiegel schau/ muß ich mich bald entscheiden, nur eins davon darf sein/ keines mag mich so recht leiden, und so bin ich ganz allein (...)“.

Auch der „Bund der Deutschen katholischen Jugend“ (BDJK), der im Münchner Erzbistum 15000 Mitglieder hat, hoffte, mit Plakaten, die er an alle Pfarreien und Jugendstellen verschickte, und durch Info-Stände und Podiumsdiskussionen die Debatte zu „versachlichen“.⁸ Wie die Autorin des entsprechenden Presseartikels berichtete, habe das Thema nach Auskunft von Schülerinnen bereits Eingang in Deutschaufsätze gefunden und werde in den lokalen Kirchengemeinden von den Jugendlichen diskutiert. Insbesondere mischten sich auch *Ausländer-Interessenvertretungen*, z.B. die Türkische Gemeinde in Deutschland, in Form von „Gastbeiträgen“ in der Presse oder durch Interviews in die Diskussion ein.⁹ Alle bedauerten sie den durch die CDU-Kampagne blockierten Reformansatz des Staatsbürgerschaftsrechts zu Ungunsten vieler integrations- und einbürgerungswilliger Ausländer. Ihre Vertreter warnten insbesondere vor sozialen Ausgrenzungen durch die CDU-Aktion¹⁰, vor bereits beobachteten Ausschreitungen gegen Ausländer, zunehmendem Rassismus und insgesamt einem unabsehbaren Schaden für die Integration.¹¹

Auch die demonstrativen Straßenaktionen wurden häufig von den offiziellen Ausländervertretungen mitgetragen. So organisierte z.B. die kommunale Ausländervertretung

6 Siehe „Gegen ‚doppelte Staatshörigkeit‘“. In: Süddeutsche Zeitung, 11.2.99, S. 40.

7 Siehe „jetzt“. Jugendmagazin der Süddeutschen Zeitung, Nr. 10, 8.3.99.

8 Monika Maier-Albang: Christen kritisieren CSU-Kampagne. In: Süddeutsche Zeitung, 1.2.99, SL 1, Münchner Neueste Nachrichten. Die Kirchen kritisierten verschiedentlich öffentlich die Unterschriftenaktion der Union (siehe Frankfurter Rundschau, 18.2.99, S. 4: „Kirchen warnen vor emotionaler Debatte über den Doppelpaß. Protestanten und Katholiken fordern Erleichterungen für Ausländer und mahnen bessere Integration an“).

9 Allerdings muß hier betont werden, daß wenig „gewöhnliche“, d.h. nicht organisierte Ausländer an den Unterschriftenständen der Parteien zu sehen waren.

10 Siehe z.B. Hakkı Keskin: „Der CDU nicht würdig“. Türkische Gemeinde zu Kampagne und doppeltem Paß. In: Frankfurter Rundschau, 3.2.99, S. 5.

11 Barbara Bollwahn de Paez Casanova: Kritik an Kompromiß zu Doppelpaß. Enttäuschung über Kompromissbereitschaft beim Staatsbürgerschaftsrecht. Türkischer Bund befürchtet, dass die Berliner CDU nun ‚Aktionen zur Auflösung der Ghettos‘ starten könnte. In: tageszeitung, 12.2. und 13./14.2.1999.

(KAV) zusammen mit Gewerkschaften und Kirchen zeitgleich in 20 Städten die Gegenaktion „Toleranzmeile Hessen“, in der ein langes Band mit Protestsprüchen („Doppelpaß als Foulspiel“) durch die Innenstädte zu den CDU-Ständen gezogen wurde.¹² Solche auch in anderen Städten im Protest aufgereihten Menschen-Formationen erinnerten an die „Lichterketten“ – organisiert zu Beginn der 1990er als Demonstrationen gegen die ausländerfeindlichen Übergriffe – oder an die „atomwaffenfreie-Städte-Aktionen“ der 70er und 80er Jahre (SZ, 25.1.99).

Außer solchen Gegendemonstrationen hatten seinerzeit Resolutionen und „Aufrufe“ wie auch großangelegte Gegen-Unterschriftenaktionen Konjunktur, in denen die Vielen, angeleitet durch offizielle Organisationen und Gruppierungen, medienwirksam gegen die Kampagne der Union vorgingen. Unter dem auf einem Spruchband gut sichtbaren Motto „Wir alle sind Deutschland“ sammelte der Ausländerbeirat Würzburg Unterschriften gegen die Aktion der CDU/CSU (SZ, 25.1.99). Außerdem hatte diese Organisation mit 15 Mitgliedern aus sieben Nationen, die in Würzburg rund 10700 Ausländer repräsentieren, den Anstoß für eine Resolution gegen die „unsachliche“ Unionskampagne gegeben, in der 26 Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Kultur, Kirche, Politik und dem Hochschulleben zu deren Einstellung aufriefen (SZ, 25.1.99).

„Tausende Leserinnen und Leser der FR haben am Wochenende binnen weniger Stunden den ‚Frankfurter Aufruf‘ unterstützt, mit dem die Redaktion die ‚Rückkehr zur Toleranz‘ fordert“, so berichtete die Frankfurter Rundschau stolz in eigener Sache (FR, 25.1.99, 1); und sie konnte vermelden, daß das Formular mit der Unterschriftenliste, das zunächst im Internet und dann in der Zeitung selbst ganzseitig (kleingedruckt mit allen Unterschreibern, LFR, 3.2.99, S. 33) veröffentlicht wurde, auch zu Unterschriftensammelaktionen durch Leser außerhalb Frankfurts anregte (FR, 25.1.99, S. 15).

Allerdings fanden sich unter den Gruppen, die solche Gegenaktionen trugen, nicht nur politisch linke Orientierungen. Der rechte „Bund freier Bürger“ veranstaltete zusammen mit einer Handvoll Veteranen des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS), die inzwischen ins rechte Lager gewechselt sind, ebenfalls Demonstrationen gegen den Doppelpaß: Horst Mahler, Mitbegründer der RAF und inzwischen bekennender Deutschnationaler, marschierte mit Gleichgesinnten unter der Deutschlandfahne in Berlin und befürchtete, daß die „Blutsdeutschen“, „das Volk“, in Gefahr sei, „zu einer Minderheit im eigenen Land zu werden“.¹³

Eine ganz andere soziale Gruppe, die plötzlich in die Diskussion eingriff, waren *Showstars und Sportler*. Der Showmaster Thomas Gottschalk, der Deutschrock-Sänger Marius Müller-Westernhagen und Boris Becker (die beiden letzteren mit einer „farbigen“ Frau verheiratet, wie betont wurde) warben in fünf Tageszeitungen¹⁴ in ganzseitigen Anzeigen der rotgrünen Bundesregierung für deren Gesetzesvorlage.¹⁵ Als drei

12 Siehe Canan Topçu: Polizei unterbindet Rängeleine am CDU-Stand. In: Frankfurter Rundschau, 25.1.99, S. 15.

13 Titel des Beitrags von Severin Weiland (mit Foto des Demonstrationzugs mit Mahler an der Spitze) „Aus deutschen Landen frisch nach rechts. Horst Mahler (...) will eine nationale Sammlungsbewegung gründen (...)“. In: tageszeitung, 17.2.1999. Die Demonstranten zeigten die Deutschlandfahne als Zeichen des Nationalismus und des alten Konzeptes der biologisch verstandenen Volk Nation.

14 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Die Welt und die tageszeitung, die Anzeigen sind jeweils am 30./31.1.1999 erschienen.

15 Siehe z.B. den Bericht über diese umstrittene Kampagne unter dem Titel „Der Pass bedeutet auch Heimat“ im Tagesspiegel, 31.1.1999, S. 3. Siehe auch Heribert Prantl: Laut, lauter,

Pop-Ikonen mit Chic und Lifestyle vertraten sie eine neue Form von Nationalstaat und einen neuen Typus des „schönen“ – i.U. zum gängigen Heterostereotyp vom „häßlichen“ – Deutschen, den neuen Deutschen als „Weltbürger“. Sie popularisierten den in Deutschland nach 1945 besonders problematischen Begriff „Stolz auf Deutschland“ und luden ihn mit einer neuen Sinnbedeutung auf: „Wir wollen stolz sein auf eine moderne, weltoffene Bundesrepublik Deutschland“, hieß es im entsprechenden Text der großformatigen Anzeige. Dazu gehöre „auch ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht. Der Paß bedeutet auch Heimat. Wer hier geboren ist, soll hier zu Hause sein. Mit allen Rechten und Pflichten.“

Ausweitung der Thematisierungskontexte: Nationales in der Popkultur

Wenn die Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft in der Tagespresse zwischen Januar und März 1999 zunehmend vom Politikteil in die Sparte der Leserbriefe und in den Lokalteil gelangte, also diverse soziale Räume der Medienlandschaft eroberte, bedeutet dies, daß die Alltagswelt selbst mit ihren Protagonisten, mit ihrem Alltagswissen, ihren Formen der Bewältigung mehr in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses rückte.

Das Thema Doppelpaß wanderte darüber hinaus sogar in die Klatschkolumnen der Zeitungen. Es wurde nicht nur von der seriösen Presse ernsthaft behandelt, sondern auch von der Yellow Press auf jeden sich als passend anbietenden Anlaß attribuiert: Bekommt Caroline von Monaco jetzt durch ihre Hochzeit mit dem Prinzen von Hannover auch den Doppelpaß?, fragte der Tagesspiegel.¹⁶ Und als Claudia Schiffer, deutsche Prinzessin der Schönheit und der Mode, einmal mit einem Kopftuch ganz „natürlich“ in Szene gesetzt wurde, fühlte sich die B.Z., die Boulevardzeitung Berlins, berufen, das entsprechende Foto abzdrukken: „Claudias Beitrag zur doppelten Staatsbürgerschaft“ (B.Z., 5.2.1999).

Mehrfach war der Doppelpaß auch Thema des Karnevals. Im Kölner Karneval ließ sich eine ZDF-Reporterin für die Tagesschau (29.1.1999) im scherzhaften Wortspiel mit Umzugsteilnehmern filmen. In dieser Straßenszene wurde die Vorstellung von der Nation als einer Blut- und Abstammungsgemeinschaft aufs Korn genommen. Ein streng drein blickender Maskierter in der Uniform eines kaiserzeitlichen Ordnungshüters mit Pickelhaube, die „deutschen Tugenden“ verkörpernd, verwehrte der Reporterin als einer Dortmunderin die „Einbürgerung“ in Köln mit einem in jenen Tagen häufig gebrauchten Argument aus der Staatsbürgerschaftsdebatte: „Da können Sie nicht eingebürgert werden, weil Sie in die Kultur hier nicht passen.“ In gespielter Verzweiflung ließ sie sich dann von zwei „Ärzten“ eine Bluttransfusion in Form eines „Köllsch“ einflößen. „Jetzt fühle ich mich schon ganz ‚Köllsch‘, wenngleich noch nicht ‚Köllsch‘ genug!“ In der verkehrten Welt des Karnevals konnte man das „falsche Blut“ im Zuge einer Schnell-Intergration einfach austauschen.

Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, wie dieses Thema der Bundespolitik in den Kontexten und Praktiken der Unterhaltungsindustrie und Popkultur aufgegriffen

unlauter. Doppelte Staatsbürgerschaft: Was die Werbung dafür und die Kritik daran gemeinsam haben. In Süddeutsche Zeitung, 2.2.1999, S. 4.

16 „Doppelte Staatsbürgerschaft für Caroline?“ In: Der Tagesspiegel, 25.1.99, S. 32 (Sparte: „Aus aller Welt“).

und hier auch für kommerzielle Interessen genutzt wurde, bildet der Beitrag der deutsch-türkischen Band „Sürpriz“ auf dem 44. Grand Prix Eurovision. Der Schlagerproduzent Ralph Siegel schickte diese Band im Wettkampf um den deutschen Beitrag für dieses Festival in Jerusalem nicht ganz zufällig ins Rennen. Er gab an, diese Gruppe mit ihrem dreisprachig gesungenen Wettbewerbsbeitrag ganz offensiv als Botschafter eines multikulturellen, offenen Deutschlands nach Israel zu schicken. Die jugendlichen Bandmitglieder selbst äußerten sich als Repräsentanten moderner Deutsch-Türken mehrfach zum aktuellen Thema des Doppelpasses. Sie betonten – stellvertretend für viele der dritten Einwanderer-Generation –, daß sie, Paß hin, Paß her, doch immer auch ihre kulturelle Identität als Türken erhalten wollten, wie sie symbolisch durch ihre folkloristischen Bühnenkostüme, z.B. durch den stilisierten Fez, und die teilweise Verwendung der türkischen Sprache in den Liedern zum Ausdruck brachten.¹⁷

Die hier herausgegriffenen Inszenierungen zeigen nicht nur eine sozialräumliche Kontextverschiebung auf – die Thematisierungskontexte der Debatte weiten sich aus –, sondern führen vielmehr eine Kontextvermischung oder -verschmelzung vor. „Pop meets Politics“, schrieb die Süddeutsche Zeitung angesichts von Gottschalk und Co, den „Leistungs-Ikonen mit dem weichen Blick“, den „Volkshelden“, die jetzt „in ihren schwarzen Pullis (...) wie aus einem Wim-Wenders-Film“ so „traurig“ schauten und doch so gerne stolze Deutsche wären. „Drei Engel für Schily“¹⁸ mußten für eine strachelnde Regierung in die Breche oder besser ins Fotostudio springen und eine unpopuläre Staatsbürgerschaftsreform, die von ihrem rationalen Kern her nur manchen Eliten einsichtig war, als eine „Frage des Lifestyles“ verkaufen. Argumente werden einmal mehr durch Images, durch Bildbotschaften ersetzt. Komplexität weicht somit Popularität, dem visuellen Effekt.¹⁹

Wie diese Beispiele zeigen, wird Nationales, wie generell die politische Information, in der Popkultur, der Unterhaltungsbranche verhandelt und damit in neue Formen mit hoher öffentlicher Symbolwirkung gebracht, in neue populäre Kontexte gestellt. Es wird mit Hilfe von deren kulturellen Ausdrucksformen (Popsongs, Fotoarrangements, Modetrends) vermittelt und inszeniert. Die politische Botschaft wird von der Inszenierung überstrahlt. Dieses Phänomen ist keinesfalls neu: Popkultur als Nationalkultur im Dienste einer anderen, offenen Nation – dies erinnert an die „Volkskultur“ im Dienste der Etablierung des kulturell homogenen Nationalstaats des 19. Jahrhunderts. Popstars, wie die großen blonden „Volkshelden“ Thomas Gottschalk und Boris Becker oder auch die „dunklen“ türkischstämmigen Jungs und Mädchen von „Surpriz“ – sie wurden jedenfalls im Kontext der CDU-Aktion aus unterschiedlichen Interessen heraus als nationale Helden eines neuen Typs aufgebaut.

17 Siehe Edo Reents: Abba lebt! Der Grand Prix Eurovision und seine göttliche Botschaft. In: Süddeutsche Zeitung, 21.5.1999, 21.

18 Mit diesem Titel spielen die Autoren des Beitrags wohl auf drei Pop-Ikonen der 1970er/1980er Jahre an, deren Sexappeal und Chic sie zu Kultfiguren werden ließ: den drei Heldinnen der US-Krimiserie „Drei Engel für Charly“. Siehe Alexander Gorkow, Christoph Schwennicke: Drei Engel für Schily. In: Süddeutsche Zeitung, 1.2.1999, 19.

19 Entsprechend argumentierte die Tageszeitung (3.2.1999, S. 12) in dem Kommentar von Lutz Meier: Eine Frage des Lifestyles.

Redeweisen eines Alltagsnationalismus: die Anthropologisierung der Volks- und Kulturnation

Die Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft, die in den ersten Wochen des Jahres 1999 ihren Höhepunkt erreichte, versetzte der Veralltäglichsung nationaler Semantiken zumindest kurzzeitig einen kräftigen Schub. Welche häufigen Argumentationsmuster wurden hier von „Jedermann“ an den CDU-Ständen, in Bürgerversammlungen oder auch in Leserbriefen tradiert?

Zunächst ließ sich eine Essentialisierung und Emotionalisierung des Deutscheins beobachten: Staatsbürgerschaft wurde als „wertvolles Gut“ deklariert, das man nicht beliebig „verschenken“ dürfe. Hier wurde die Exklusivität des Deutscheins betont und häufig auf die zu erbringenden Leistungen verwiesen: Nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten seien mit der Einbürgerung verbunden. Die Staatsbürgerschaft wurde als „Privileg“ betrachtet, wobei die Angst vor der Unterprivilegierung der Deutschen als Inhabern nur eines Passes gegenüber den Doppelstaatlern hier herausklang: Der Doppelpaß schaffe „Sonderrechte“, Doppelstaatler seien in Deutschland dann bessergestellt: „Die nehmen sich dann überall das Beste raus“. Man selbst sah die Gefahr, als „wirklicher“ Deutscher zu einem „Bürger zweiter Klasse“ (Leserbrief, Tagesspiegel, 13.2.1999) degradiert zu werden. Doppelstaatigkeit führe zu Loyalitätskonflikten, man müsse sich entscheiden, bestätigten sich die an den CDU-Ständen versammelten Unterschriftswilligen immer wieder. Die Rechte an und Pflichten gegenüber einem Staat seien nicht teilbar.

Des Weiteren war eine Mystifizierung und Archaisierung der Staatsbürgerschaft zu verzeichnen: Politiker wie der CDU-Bundestagsabgeordnete, der Jurist Ruppert Scholz gaben die Vorstellung von einer „schicksalhaften Unentrinnbarkeit“ nationaler Zugehörigkeit vor²⁰, die sich in vielen Varianten auch an den Ständen der CDU wiederholte. Wolfgang Kaschuba²¹ sprach in anderem Zusammenhang von der Anthropologisierung des Nationalen: Die Nation wird bei solchen Äußerungen nicht als historische und damit wandelbare Größe gesehen, sondern als notwendige Grundkonstante persönlicher und kollektiver Identität. Entsprechend scheint es unmöglich, sich dem geheimnisvollen „Wesen“ einer Nation von außen kommend anzunähern. Dabei gelten die europäischen Nachbarvölker noch als kulturell verwandt, während die kulturell ferneren Fremden, die Nicht-Europäer, kaum Zugang zur deutschen Identität fänden. Die meisten Leserbriefe zur Doppelpaßdebatte enthalten eine solche kulturalistische Definition der deutschen Staatsangehörigkeit – Integration meint fast immer kulturelle Anpassung –, und in diesen Argumentationen werden romantische Vorstellungen wiederbelebt: Nation ist unhinterfragt die völkische oder kulturelle Einheit und zuvörderst eine Sprachgemeinschaft. Begriffe, wie „wirklicher Deutscher“ oder „von deutscher Denkungs- und Wesensart“, in die sich ein Italiener schwer „hineinfühlen“ könne, zeigen, wie die Nationalromantik früherer Tage heute im Alltag nachwirkt (siehe Leserbriefe, Süddeutsche Zeitung, 23.1.1999).

Deutsche Identität erschien im Kontext der Debatte als wieder mit ausschließlich positiven Affekten besetzte Größe – ein bemerkenswerter Befund, wenn man bedenkt,

20 Gehört auf der Bürgerversammlung zur Information über den Doppelpaß im Rathaus Berlin-Alt-Tempelhof (12.2.1999, 19-21 h).

21 Kaschuba, Wolfgang: Nation und Emotion. Europäische Befindlichkeiten. In: Ethnologia Europaea 28 (1998), S. 101-110.

wie sehr sich in anderen Kontexten antinationale oder Deutschland-kritische Haltungen in der Nachkriegszeit verbreitet hatten. Das Bekenntnis, „stolz, Deutscher zu sein“, tauchte jetzt vermehrt auch im Alltagsdiskurs auf.

Die Veralltäglichsung des Diskurses um die nationale Zugehörigkeit betraf auch die andere Seite, die der „Fremden“: An den CDU-Ständen wurde die Ethnisierung der „Anderen“, der „Ausländer“, weitgehend enttabuisiert, d.h. als selbstverständliches Thema des Alltagsdiskurses auch jenseits der Stammtische, Hinterzimmer und außerhalb rechtsextremer Kreise akzeptabel. Auch hier kamen tradierte Stereotypen und Motive zum Tragen. Die Mitbürger ohne deutschen Paß wurden so beispielsweise eben nicht als Mitbürger, sondern pauschal immer wieder als „Gäste“ gesehen, die weder zu lange bleiben, noch Forderungen stellen dürften.

Der Prototyp des Fremden war der „Islamist“; die deutsche Nation wurde als „christliche Wertegemeinschaft“ verstanden: „Wir haben einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund, da hat der Islam keinen Platz.“

Viele Ressentiments und fremdenfeindliche Aussagen, die man auf der Straße hörte, waren insbesondere gegen die Türken gerichtet: „Wissen Sie die Türken und Kurden, die sind nun mal krimineller als Deutsche, das is' so. Statistik!“ Dabei wurde gelegentlich direkt biologisch und rassistisch argumentiert: „Das Blutwesen von einem Türken ist anders als das von 'nem Deutschen“.

Viele Diskutanden an den CDU-Ständen und Schreiber von Leserbriefen orientierten sich hier demnach an gängigen Vorstellungen von festen, territorial verortbaren Kulturkreisen. Dabei dachten sie an eine Divergenz zwischen einer homogen vorgestellten deutschen (bzw. westlichen, europäischen) und einer ebenso homogen konstruierten islamischen Kultur, die ihnen besonders von „den Türken“ repräsentiert zu werden schien. So wurde ein „Wir-Gefühl“ konstruiert, indem man die Zuwanderer, die „Anderen“, als homogene Fremdgruppe etikettierte. Es wurde in der Regel nicht zwischen z. B. Asylbewerbern, Arbeitsimmigranten, Flüchtlingen und anderen Gruppen unterschieden, sondern nur mit der extremen und diffamierenden Vereinfachung „Ausländer ist gleich Türke/Muslim/Fundamentalist“ und „Ausländer ist gleich Krimineller“ polemisiert.

Wer soll zukünftig Deutscher werden? Die Frage nach den Wirkungen der Kampagne

Die plebitäre Aktion der Oppositionsparteien schuf als Vermittlungs- und Legitimierungsinstanz einen lebensweltlichen Thematisierungskontext, der virulente Ordnungsvorstellungen von nationaler Homogenität (z.B. Kulturnation, ethnische Gemeinschaft) ins Alltagsgespräch überführte bzw. im Alltagsbewußtsein reaktivierte. Aber es verbreiteten sich – häufig als Gegenreaktion auf die CDU-Aktion – auch neue Leitbilder. So entwickelte sich hier aus der Tradition der außerparlamentarischen Volksbefragungen und Bürgerbewegungen, aber auch z. B. aus Popkultur und Multikulti-Folklore und nicht zuletzt aus dem gängigen Fundus älterer nationaler Zeichen und Stereotypisierungen ein erweitertes und keinesfalls mehr homogenes kulturelles Repertoire des Nationalen. Die blonden „Volkshelden“ der Popkultur Gottschalk und Co, die in bislang ungewohnter Weise Chic, Lifestyle und nationalen „Stolz“ zusammenbrachten, wirkten damit als ein Gegenbild zu dem antiquierten Stolz angestaubter Deutschtümler an den Stammtischen und CDU-Ständen: „Hier die Ikonen der Popkultur – ernst, sanft und

suggestiv ihr Blick, aus hellen Augen; da wütende Rentner, aus dem Bauch redend. Politästhetisch dürfte die Sache entschieden sein“, so kommentierte „Die Zeit“ den „Politpop“ der Regierung und ihren Kampf mit der Opposition auf der medienvermittelten Bildebene.²²

Ungeklärt bleiben muß hier die Breite und Nachhaltigkeit der Wirkungen solcher ästhetischen Praxen und Ikonologisierungen einer neuen (post-)nationalen Leitidee auf das Alltagsbewußtsein. Mögen die Bekenntnisse eines Thomas Gottschalk oder Boris Becker so rasch in Vergessenheit geraten sein wie ihre einzelnen Shows oder manche Tennissiege, so ist doch offen, wie z.B. die spätere mit multimedialem Gewicht inszenierte Aufklärungskampagne der Regierung zur Vermittlung des „ius soli“ als dem Kernstück der inzwischen erfolgten Einbürgerungsreform ankam. Wie wurden sie angenommen, die jetzt, nach dem 1.1.2000, nach Inkrafttreten der Reform, auf Plakaten, Prospekten, Zeitungsanzeigen, Postkarten wie im Internet in ganz Deutschland gegenwärtigen Konterfeis, die schwarzhaarigen „Deutsche[n] Türkinnen“, die binationalen Paare und dunkelhäutigen Kinder ausländischer Eltern, bunt nebeneinander und eben auch, wie der Bildtext lehrt, „Typisch deutsch“?²³

Symbole wirken – der Alltagsnationalismus des 19. Jahrhunderts hat es gezeigt – bewußtseinsbildend. Sie verhelfen dazu, überlieferte Ordnungen – Wissensordnungen, Normen, Werte – in verdichteter Form ins Bewußtsein zu rufen und in diesem wachzuhalten. Möglicherweise könnten gerade solche das Bildgedächtnis ansprechende aufklärerische Kampagnen die Akzeptanz und Verankerung neuer (post-)nationaler Leitideen im Alltagsbewußtsein ein wenig vorantreiben. Möglicherweise könnten die omnipräsenten Bilder in den Straßen oder in den Tageszeitungen die unhinterfragten Bilder vom Deutschsein in den Köpfen mittelfristig verändern, so daß die überkommenen Vorstellungen von nationalen Identitäten tatsächlich ein Auslaufmodell bilden und postnationalen Konzepten Raum geben.

Brechen wir die Betrachtungen über den Wandel nationaler Vorstellungen in der Zukunft ab, – allerdings nicht ohne den diesbezüglich skeptisch machenden Hinweis, daß das Thema der doppelten Staatsbürgerschaft in unserer schnelllebigen Mediengesellschaft zumindest als Gegenstand des Alltagsgesprächs sofort mit dem Auftauchen neuer omnipräsentere Bilder über den Kosovokrieg verschwunden war.

Auch so viel scheint bereits festzustehen: Die rotweißen Stände der Unionsparteien selbst, die im Kleinen wie im Großen Überfremdungängste schürten und Gegenaktio-

22 DIE ZEIT, Nr. 6, 4.2.99, S. 2; entsprechend die Süddeutsche Zeitung, 1.2.99, S. 19; die tageszeitung, 3.2.99, S. 12, Titel: Eine Frage des Lifestyles. – Ein häufiges Medienbild jener Tage, das durch „authentische“ Pressefotos und auch sprachlich durch die Pressekommentare vermittelt wurde, waren in der Tat die aufgebrachten, vielfach älteren Menschen, die die CDU-Stände umlagerten.

23 Unter www.einbuengerung.de startete die Regierung nach Verabschiedung Staatsbürgerschaftsreform eine Informationskampagne, die das neue Gesetz im Wortlaut und in Kurzform mit zahlreichen (Begriffs-)Erläuterungen vermittelte, des weiteren Kontaktadressen, Hinweise auf Informationsveranstaltungen, Bundestagsreden der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung und ihre einschlägigen Pressemitteilungen, insbesondere zu Maßnahmen zur besseren Integration „unserer ausländischen Mitbürger“. Auch hier werden verschiedene, sich wechselseitig verstärkende Medien eingesetzt: Die Ikonen der Kampagne, z.B. ein türkischstämmiger Junge („Ich bin ein Berliner“), eine hier geborene „Deutsche Türkin“, ein binationales Paar, drei „ausländische“ Kinder, hier geboren und „Typisch deutsch“, finden sich sowohl im Internet, als auch auf Postkarten und bundesweit auf riesenformatigen Plakaten an Litfaßsäulen und Hauswänden.

nen zur ihrer Überwindung hervorbrachten, werden wohl im Alltagsgedächtnis als symbolische Verdichtungen der hier aufgezeigten Polaritäten und einer über den Ereignis-komplex des Frühjahres 1999 hinaus wirkenden Debatte in Erinnerung bleiben. Und es zeichnete sich vor allem bald ab, daß sie insbesondere als Symbole eines sich wandelnden politischen Stils hin zur Verplebiszitierung und Verpopung der Politik in einer „Inszenierungsgesellschaft“²⁴ eine besondere Wirkmacht entfalteten. „Pop meets Politics“²⁵, auch dieses Thema einer volkskundlich-kulturanthropologischen Politikforschung führt weit in die Zukunft und neue Forschungsfragen hinein.

24 Soeffner, Hans-Georg: Erzwungene Ästhetik. Repräsentation, Zeremoniell und Ritual in der Politik. In: Herbert Willems, Martin Jurga (Hg.): Inszenierungsgesellschaft. Ein einführendes Handbuch. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998, 215-234.

25 Dies schrieb anlässlich der „Volkshelden“ Gottschalk und Co im Dienste der Regierung die Süddeutsche Zeitung, 1.2.99, S. 19, unter dem Titel: „Drei Engel für Schily“, siehe dazu auch oben.

Biographie und Migrationspolitik Die Neuordnung russisch-jüdischer Selbstbilder im Einwanderungsprozeß

Eigentlich wisse sie nicht, wer sie sei, sagt Alla Eisenberg am Schluß des Interviews, nachdem sie mir die Geschichte ihrer Migration erzählt hat. Bis zu ihrer Auswanderung sei sie Jüdin gewesen. Doch ob sie es hier, in Deutschland, auch noch ist, das sei fraglich. Auf die Religion bezogen wäre sie keine Jüdin, weil sie nicht gläubig sei. Nur wenn es nach der Abstammung ginge, wäre sie eine. Doch würde man jüdische Identität wie in der ehemaligen Sowjetunion als Nationalität definieren, dann sei sie wiederum in Deutschland keine Jüdin mehr. Einmal, weil hier Judentum als Religion verstanden werde, und zum anderen, weil Nationalität hier nicht mehr als ethnische Zugehörigkeit, sondern als Staatsangehörigkeit gelte und sie selbst nach dem Zerfall der Sowjetunion staatenlos geworden war.

Frau Eisenberg ist eine derjenigen Migranten, die seit Anfang der neunziger Jahre als Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland aufgenommen werden. Sie formuliert hier eine identitäre Verunsicherung, die nicht untypisch für diese Einwanderer ist. Mit der Migration nach Deutschland werden sie damit konfrontiert, daß sich eine Identitätskategorie, auf der ihr Hiersein basiert, grundlegend verändert. Zwar begründet die alte, sowjetische Definition noch formal das Aufenthaltsrecht, denn russische Juden werden seit 1991 dann als „jüdische Kontingentflüchtlinge“ in Deutschland anerkannt, wenn sie ihre jüdische Identität anhand von Geburtsurkunde und dem alten sowjetischen Paß nachgewiesen haben; darin wurde die „jüdische Nationalität“ unter dem sog. 5. Punkt vermerkt. Doch ändert sich die kulturelle Bedeutung jüdischer Identität mit dem Eintritt in die deutsche Aufnahmegesellschaft nun in einer Weise, daß Migranten wie Frau Eisenberg nicht mehr wissen, ob sie sich noch als Juden bezeichnen können.

Das Beispiel deutet an, daß das Migrationssystem nicht nur einen rechtlichen und bürokratischen Rahmen vorgibt, der den Einwanderungsverlauf strukturiert und die Mitgliedschaft der Migranten in der neuen Gesellschaft bestimmt. Darüber hinaus umfaßt die Migrationspolitik auch eine spezifische kulturelle Ordnung, die darauf gerichtet ist, einerseits über religiöse Migranten die jüdischen Gemeinden in Deutschland zu stärken, andererseits das Bild eines im Hinblick auf den Holocaust historisch reflexiven Deutschland symbolisch zu festigen. Dabei handelt es sich um eine Form der Identitätszuschreibung, die – über Regelungen von Flüchtlingsstatus und Aufnahmeverfahren juristisch wie politisch gedeckt – eindeutig normative Züge trägt. Denn sowohl an den Status des ‚Kontingentflüchtlings‘ als auch an das Aufnahmekriterium ‚jüdische Identität‘ sind bestimmte Bilder und Erwartungen gebunden, die den russisch-jüdischen Einwanderern entgegengebracht werden. Diese Identitätserwartungen und -zuschreibungen gewinnen dort biographische Relevanz, wo sie in eine bürokratische Ordnung überführt und festgeschrieben werden, in Institutionen also, auf die die Migranten in der Suche nach rechtlicher und sozialer Anerkennung in der Aufnahmegesellschaft angewiesen sind: In Flüchtlingsheimen und Ausländerbehörden, in der Sozialbürokratie und in jüdischen Gemeinden werden russische Juden mit Diskursen um Authentizität und Legitimität konfrontiert, die sie dazu veranlassen, ihre Lebensgeschichte neu zu bewerten oder umzudeuten, um ihr Hiersein zu rechtfertigen. Diese Normen werden umso be-